

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 4,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 5,10 Mk. für den Monat. Postcheckkonto: Nr. 23845 „Sozialistischer Verlag“ e. G. m. b. H., Breslau. Fernsprechanchluss: Ring Nr. 8837.

Mittwoch, 20. April 1921

Anzeigenpreise: Die 3 gelappten Millimeter breite 4er deren Raum 0,40 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, 2. allernachrichten Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 gelappt oder deren Raum im Text 3. - Mk.

Das Wüten der Ausnahmejustiz!

Unsere ins ungeheuerlich wachsende Risse der Sondergerichte verzeichnet bis heute folgende Urteile, die bereits das erste halbe tausend Zuchthausjahre übersteigen. Es wurden bis heute

146 Angeklagte zu 537 Jahren, 4 Monate Zuchthaus verurteilt;

57 Angeklagte zu 52 Jahren, 11 Monate, 1 Woche Gefängnis;

5 Angeklagte zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe und

2 Angeklagte zu Tode verurteilt.

In den nächsten Tagen werden wir wahrscheinlich auch in Breslau das Ausnahmegericht haben. In Schlesien herrscht zwar kein Belagerungszustand, aber die Verordnung des „Sozialdemokraten“ Ebert über die Sondergerichte läßt ja auch in solchen Bezirken die Ausnahmegerichte zu.

Die Ausnahmegerichte haben eine unheimliche Macht. Gerichtsverfassungsgesetz und Strafprozeßordnung sind zum großen Teil zu Ungunsten der Angeklagten außer Kraft gesetzt. Eine gerichtliche Voruntersuchung findet nicht statt. Der Vorsitzende der außerordentlichen Gerichte setzt, wenn er es für richtig hält, die Hauptverhandlung an. Es genügt nach der Verordnung Eberts, wenn der Angeklagte 24 Stunden vorher erfährt, daß eine Gerichtsverhandlung gegen ihn stattfindet. Von einer schriftlichen Anklage kann abgesehen werden. Und in vielen Fällen, die vor den Ausnahmegerichten verhandelt wurden, hat man den Angeklagten keine schriftliche Anklage zugestellt. Die Angeklagten haben erst im Termin, durch die mündlichen Ausführungen des Staatsanwalts erfahren, was ihnen zur Last gelegt wurde. Sie hatten keine Möglichkeit sich auf die Anklage vorzubereiten, sich einen Rechtsanwalt zu besorgen, Zeugen laden zu lassen usw. Wenn folch ein bedauerndes wertiger Angeklagter vom Gericht einen Verteidiger angewiesen erhält, kann es vorkommen, daß der Verteidiger zum Ankläger wird, wie es in einer Verhandlung vor dem Sondergericht Halle der Fall war. Der Verteidiger Rechtsanwalt Bennenwig „verteidigte“ den 20-jährigen Arbeiter Max Bräunig aus Wangleben so, daß der Staatsanwalt sich im wesentlichen den Ausführungen des „Verteidigers“ angeschlossen und nur um mildernde Umstände für den Angeklagten bat, da ihm die Anträge des Staatsanwalts Bennenwig zu weit gingen. Der Angeklagte, für den die Dinge günstig lagen, und der wahrscheinlich ohne diese „Verteidigung“ des deutschnationalen Rechtsanwalts wahrscheinlich freigesprochen worden wäre, wurde so zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

So sieht in vielen Fällen die Verteidigung aus!

Und die Staatsanwälte und Richter? Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Stimmorgan, sprach den Richtern das Vertrauen aus, als sie schrieb:

„An den Richtern wird es nicht fehlen, denn es herrscht unter diesen das Bewußtsein, daß mit der bisherigen Milde und Nachsicht nicht mehr auszukommen ist. Es ist höchste Zeit, daß wir uns daran gewöhnen, Personen, die nach dem Rezept der ehemaligen russischen Nihilisten arbeiten, nicht als Politiker, sondern als gemeine Verbrecher zu betrachten.“

Das Vertrauen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ist nicht getrübt worden, wie die ungeheuren Urteile beweisen, die über die Arbeiter gefällt wurden. Die Richter fühlen sich als Klassengenossen der Bourgeoisie und sie richten ja über die revolutionären Arbeiter, die es gewagt haben, an den Grundfesten des kapitalistischen Staates zu rütteln.

Und nun ein paar Urteile aus den letzten Tagen:

Lebenslängliches Zuchthaus für ein paar Notizen.

Der Arbeiter Paul Andrae aus Sangerhausen leidet an hochgradiger Lungenuberkulose und ist schon durch dieses Leiden vom Wehrdienst ausgeschlossen. Deshalb mußte dem nun einmal Verdächtigten, der mit starkem Fieber vorgeführt wird, der Prozeß aus anderen Gründen gemacht

werden. Man hatte bei ihm Notizen (hauptsächlich Namen) gefunden, die er im Auftrage eines Arbeiterführers in ein Notizbuch eingetragen hatte. In diesen Notizen sah man den Anfang zu Listen, die er in seiner Eigenschaft als „Kompagnieschreiber der Roten Armee“ geführt haben soll. Das Gericht sah in dieser Handlung Hochverrat und verurteilte A. dem Antrage des Staatsanwaltes entsprechend zu lebenslänglichem Zuchthaus und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Ein zweites Zuchthausurteil wurde gegen den Gemeindevorsteher von Somburg, Otto Schwarze, gefällt. Er hatte dem Drängen der revolutionären Arbeiterschaft Folge geleistet und nach Listar einen Aufruf niedergeschrieben, unter dem die Worte „Der Einberufener“ standen. Der Staatsanwalt beantragte wegen Hochverrats 2 Jahre Zuchthaus. Das Urteil lautete auf ein Jahr neun Monate Zuchthaus und fünf Jahr Ehrverlust.

Der 19-jährige Schlosser Wilhelm Lehmann hat in Leuna während der Unruhen Notstandsarbeiten verrichtet. Dabei hat er auch ein Lastauto mit 6-7 mm starkem Wellblech beschlagen, oder besser, wie die Anklage behauptet, „ein Panzerauto hergestellt“. Selbstverständlich schlug die Blechbeschlag vor Geschossen nicht. Eine Waffe hat er nicht getragen. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Da er durch keinen „Verteidiger“ belastet wurde, sondern sich selbst verteidigte, kam er mit 1 Jahr Gefängnis davon.

Bei dem 20-jährigen Schlosser Gerhard Züchner aus Seesen hatte Rechtsanwalt Bennenwig wieder Gelegenheit, sich als Untersuchungsrichter zu bewähren. Es gelang ihm auch, einen Freispruch zu verhindern. Z. wurde zu acht Monaten Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der 20-jährige Maschinenheizer Franz Wirski aus Drendorf war der Teilnahme an einer Hölzlade angeklagt. Einer der schlauen Verbrecher, die sich an verschiedenen Orten gleichzeitig Max Holz nannten und verurlichen, ihre Untaten auf das Konto der Kommunisten zu setzen, zwang ihn mit vorgehaltenem Revolver, sich an seinen Knubzügen in Ammendorf zu beteiligen. Diese galten ohne Erfolg dem Kassenschrift des Postamtes und mit Erfolg den Geldern des Fabrikdirektors Jacob. Der Polizei hat er sich selbst gestellt. Nach den Aussagen der Zeugen ist der Angeklagte im Verkehr mit ihnen sehr höflich gewesen und hat sich bei den Taten auch völlig passiv verhalten. Er hat stets betont, daß er zum Mitgeben gezwungen wurde. Diesen Eindruck hatten auch die Zeugen. Das Gericht verurteilte ihn wegen Beihilfe zum schweren Raub und Vergehens gegen das Entwaffnungsgesetz zu 2 Jahren Gefängnis.

Diese Urteile besagen genug und unser französisches Parteiorgan die „Humanité“ beurteilt mit Recht die deutsche Ausnahmejustiz folgendermaßen:

Die Richter der Ausnahmejustiz haben den Geist der Ebertschen Verordnung trefflich erfaßt. Sie beschränkten sich im allgemeinen darauf, den Angeklagten zu fragen, ob er Kommunist ist oder nicht. Ist er Kommunist, so ist die Sache damit erledigt. Es kommt nicht darauf an, was er getan hat und was er nicht getan hat, sondern sobald er Kommunist ist, gilt alles als verbrecherisch, was er tat oder unterließ.

Das Bild würde nicht vollständig sein, wenn nicht auch die Spitzel und Provokateure mitarbeiteten die revolutionären Arbeiter in die Gefängnisse und Zuchthäuser zu bringen.

Kommunisten, gegen die bezahlte Spitzel ausgingen, sie hätten Attentate vorbereitet, werden zu sechs, sieben, zehn und mehr Jahren Zuchthaus verurteilt. Kommunisten, bei denen das Gericht sagt, sie hätten den einmal gefassten Plan zum Attentat freiwillig wieder fallen lassen, werden zu vier und fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Und gegen diese mit Hilfe der Spitzel, mit Hilfe gegnerischer „Verteidiger“, mit allen Mitteln des Klassenstaates zustande gekommenen Blaturteile gibt es kein Rechtsmittel.

Deshalb fordern wir die Beseitigung der verfassungswidrigen Ausnahmejustiz und die Freilassung der politischen Gefangenen.

Die SPD. als „Oppositions“partei.

Breslau, 20. April.

„Die Sozialdemokratie wird wieder Oppositionspartei“, schreibt die „Volkswacht“ in einem Leitartikel, der sich mit der Regierungsbildung in Preußen beschäftigt.

Die Arbeiter, die diesen Satz lesen, werden aufhorchen und seine Wahrheit für kaum möglich halten.

Die Partei, die nun fast sieben Jahre lang mit der bürgerlichen Klasse durch die dünn gegangenen ist, deren Parteivorstand in der bürgerlichen Weisheitsrepublik die höchste Stelle einnimmt und deren fähigstes Mitglied, Philipp Scheidemann, noch zu Wilhelms Zeiten kaiserlicher Staatssekretär mit dem Titel Excellenz wurde, diese Partei, die zu allen Schandtaten der bürgerlichen Klasse ja sagte, soll jetzt auf einmal nein sagen und zur Oppositionspartei werden?

Wahrhaftig, tausende von Arbeitern werden an ein Wunder glauben müssen, wenn die angekündigte Wandlung Ereignis werden sollte.

Aber, die Politik, die die bis ins Mark bürgerlich korruptierte sozialdemokratische Partei seit sieben Jahren getrieben hat und die diese Partei eines Wilhelm Liebknecht und eines August Bebel weit vom Boden des Klassenkampfes abdrängte, hat die Entwicklung in Bahnen getrieben, die die Sozialdemokratie nicht mehr verlassen kann.

Die „Volkswacht“ schreibt es ja selbst, daß diese Opposition der Sozialdemokratie gar nicht so fürchtbar ausfallen wird:

„Die Sozialdemokratie bleibt auch in der Opposition eine Gegnerin unfruchtbarer Revolutionsromantik und eine Beschützerin der demokratischen Republik.“

Also nicht aus innerer Einsicht, aus Reue über die bisherige arbeiterverräterische Politik kehrt die Sozialdemokratie zur Opposition zurück, denn dann müßte sie ja der einzigen für eine Arbeiterpartei noch möglichen Weg beschreiten und zur Revolution rufen, nein, sie behält auch weiterhin ihre Politik, bejaht und beschützt auch weiterhin die demokratische Republik, in der von morgen ab Stimmengünstig die Diktatur der Bourgeoisie ausüben werden.

Die Sozialdemokratie will das bleiben, was sie bisher gewesen ist: der Agent der Bourgeoisie. Der „Volkswacht“-Schreiber ruft es aus mit klagender Stimme: „Die mühsam überbrückte Kluft zwischen der gesamten sozialistischen Arbeiterschaft und den bürgerlichen Parteien wird sich von neuem öffnen.“

Den Sozialdemokraten wird beinahe vor ihrer eigener Kurage bange, d. h. wenn sie sich tatsächlich aus eigenem Antrieb in das Lager der Opposition zurückgezogen hätten.

So liegen aber doch in Wahrheit die Verhältnisse wesentlich anders.

Die Sozialdemokraten, die nun einmal von der Wichtigkeit ihrer geschichtlichen Mission, der Bourgeoisie der Karrn aus dem Dreck zu ziehen, erfüllt sind, haben bis zum letzten Atemzug ihren Platz an der preussischen Futtertrappe verteidigt und sie wären so schnell nicht gewichen, wären sie nicht über das Bein gestolpert, was ihnen ihre bürgerlichen Vorgesetzten selbst gestellt haben.

Die Sozialdemokraten gaben dem christlich-sozialen Stegerwald ihre Stimme, in der berechnenden Voraussehung, die dummen Bürgerlichen können doch ohne uns nicht fertig werden, Stegerwald wird kein tragfähiges Kabinett zusammenkommen und — man wird uns wieder holen müssen.

Dem wurde aber nicht so. Die Bourgeoisie wußte mit der Nationalversammlung, seitdem sie sich der Scheidemann und Ebert als bezahlter Laternenbediente, sehr wohl, was sie wollte. Die Sozialdemokratie hat bis heute (die Wahl Stegerwalds eingeschlossen), eifrig dazu beigetragen, daß die Bourgeoisie wieder in ihre alte Machtstellung zurückkehren konnte.

Und die Sozialdemokratie wird auch weiterhin nach bewährtem Rezept ihre Politik machen.

Sie ist schon jetzt begierig auf den Augenblick, wo die Bourgeoisie sie wieder rufen, wo sie wieder gebraucht wird, um den Arbeitern das Einmischen der kapitalistischen Weltordnung aufzublauen.

Einstweilen aber fühlt sich die Bourgeoisie stark genug, um mit den Arbeitern fertig zu werden, auch ohne den Zwang. Ortschaft und Reichswehr werden dafür sorgen, daß die Arbeiter still halten unter den Peitschenhieben der bürgerlichen Klassenherrschaft.

Und für alle Fälle hat die Bourgeoisie ja noch bewährte Agenten in den Gewerkschaften sitzen. Die werden, sollte selbst die demokratische Illusion nicht mehr verfangen, auf Hilfe der Arbeiterschaft die Arbeiter einfließen und dem Machtwillen der Bourgeoisie gefügig machen.

Es ist nichts als traditionelle Feindschaft, wenn die Sozialdemokraten heute einen Klassenkampf wimen, den diese bürgerlich durch und durch verkappte Führerklasse überhaupt nicht haben kann. Diese Komödie läuft ebenso nur auf einen Betrug der Massen hinaus, wie auch die bisherige Koalitionspolitik nur das eine erreichte, die Köpfe der Arbeiter zu umnebeln. Und ebenso wie bisher die indifferenten Arbeiter glauben sollten, daß dann, wenn Sozialdemokraten in der Regierung sitzen, wirklich auch die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten werden, so soll auch jetzt wieder der Klasse eingeredet werden, die Sozialdemokratie habe sich gebessert, seitdem sie nicht mehr an der Regierung teilnimmt.

Nein, die Sozialdemokratie ist ebenso bankrott, wie die bürgerliche Gesellschaft, mit der sie sich verbunden hat auf Tod und Leben.

Genau so hilflos wie die Bourgeoisie vor den wirtschaftlichen Schwierigkeiten steht, an denen sich selbst ein bürgerliches Geschäftsmännchen sehr schnell tot laufen muß, ebenso traurig und erbärmlich ist die Rolle, die die sozialdemokratische Partei gegenwärtig spielt. Sie hat sich der Bourgeoisie geradezu aufgedrängt, hat noch in letzter Stunde selbst den Rest wieder hervorgeholt, um mit diesem verdienstlosen Manne die alte Liebe der Bourgeoisie wieder zu gewinnen, aber alles umsonst.

Die Bourgeoisie hat den sozialdemokratischen Speichelleckern einen Fußtritt versetzt, der schon einmal mit gleicher Dankbarkeit Herrn Noske verlegt wurde, als er mit Mann und Wagen gen Stuttgart floh.

Aber die sozialdemokratischen Führer haben den Gesichtsmaß an der „demokratischen Republik“ noch immer nicht verloren. Sie wollen auch weiterhin diese Spottgeburt aus Stinnes und Ludendorff beschützen.

Zwei und einhalb Jahre durften sie ihre Regierungsdummsinnigkeiten aufzuführen und konnten den Arbeitern, die noch immer hinter ihnen stehen, betrügen und verführen. An den sozialdemokratischen Arbeitern ist es nun endlich, zu zeigen, daß sie besser als ihre Führer sind und daß sie nicht gewillt sind, der neuen Phrase von der Oppositionspartei Glauben zu schenken.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen nun endlich einmal begreifen haben, daß das Ding, was sich demokratische Republik nennt, nichts anderes ist, als ein Klassenstaat, in dem die Stinnes und die anderen Großkapitalisten die Macht ausüben.

Innerhalb dieses Staates kann die Arbeiterklasse niemals zur Macht kommen. Der Staat der Arbeiter ist der proletarische Staat, der sich nur errichten läßt, nachdem die Macht der Ludendorff und Stinnes restlos beseitigt wird.

Und diese Herrschaft der Arbeiterklasse muß erkämpft werden und läßt sich nur sichern und ausbauen durch die proletarische Diktatur.

Die Sozialdemokratie lügt, wenn sie behauptet, ohne Kampf, ohne Bürgerkrieg ließen sich die Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse austragen. Die Sozialdemokratie läugnet die Arbeiter, wenn sie behauptet, jetzt, nachdem die Bourgeoisie sie nicht mehr braucht, sei sie zur Opposition zurückgekehrt.

Das muß leeres Gerede, Phrase bleiben, solange ihm nicht die Tat folgt.

Die Diktatur der Bourgeoisie aber, nichts anderes ist das kommende Diktatorkabinett in Bremen, wird schon dafür sorgen, daß die Macht der Arbeiter zur Macht nicht nur durch „Auslaß des sozialistischen Gedankens in alle Sinne und Herzen“ beseitigt werden kann, sondern durch harte, opferreiche Kämpfe, zu denen die Märzschläge nur ein Vorspiel waren, erdrungen werden muß.

Die Sozialdemokratie wird sehr bald schon Gelegenheit haben zu zeigen, daß das Braunregiment nicht durch bloße Deklamationen geführt werden kann, sondern nur durch die revolutionäre Tat.

Der Preussische Landtag und die Märzaktion.

Abg. Seiwitz (Komm.) Die Arbeiter wissen, was Spitz ihnen gewesen ist, in den Lohnkämpfen, die er an der Spitze der Berliner Elektrizitätsarbeiter führte. Der Staatskommissar für öffentliche Sicherheit veranlaßte die Verhaftung Spitz. Unsere Genossen beauftragten den Rechtsanwalt Weiberg, den Polizeipräsidenten Richter darauf aufmerksam zu machen, daß er auf Spitz verzichten solle. Zur Berechnung wurde Spitz zufällig von einem Beamten geführt, der im März 1919 zufällig ein Kommunistenfürher in Moskau auf der Flucht erfaßt hat. Genosse Seiwitz schilderte die gemeine Behandlung des Genossen Spitz an Hand reichlicher Tatsachenmaterials. Auf die angewandten bürgerlichen und rechtswidrigen Abgerundeten machten diese erschütternden Aussagen gegen das jetzige System und seinen Ausschüssen keinen Eindruck. Sie sind bestreift, daß wiederum ein Führer des Proletariats gefallen ist, sie werden weiter hegen und rufen, daß kein Kommunist mit seinem Leben für das eintritt, was er sagt. Es liegt fern, daß viele ein reges Interesse an der Erwählung Spitz hatten. Wie lächer es sonst, daß dem Mörder noch nach dem Mord im Polizeipräsidium größere Geldzuwendungen gemacht wurden.

Wir wissen, daß eine Lüge vorhanden ist, daß Spitz auf jener Lüge stand. Und unsere beiderseitige Aufgabe ist: Wer ist der nächste auf der Linie und wer ist jetzt schon als sein Mörder bestimmt? (Umrufe und Zurufe.)

Soll in ein Kampf des Proletariats, so nicht im offenen Kampfe gefahren, und er wird nicht der letzte sein, der im Kampfe gegen die Reaktion fällt. Aber wir hoffen, daß diejenigen, die jetzt noch fallen müssen und fallen werden, im offenen Kampfe fallen und nicht durch Regimeurhandlungen die Erde bedeckt werden. (Umrufe und Zurufe — Beifall bei den Kommunisten.)

Abg. Frank (Komm.) Die Arbeiter im besetzten Gebiete haben sich ganz selbstverständlich solidarisch erklärt, wenn es gilt, den mitleidigsten Proletariats zu beistehen. Da zeigte sich die ganze Schwärmerei der untergeordneten Organe

der preussischen und der deutschen Regierung, die zu den Befehlshabern hinübergingen, um die Ententestaaten zum Kampfe gegen das Proletariat aufzufordern (zu den Sozialdemokraten), nicht nur in den deutschen Behörden, sondern in ihren Reihen hat es Subjekte gegeben, die sich zu Mitteln der Entente erniedrigt haben.

Die Belgier verhafteten tausende Proletarier. Die deutsche Presse hat den belgischen Behörden die Stichworte für diese Maßnahmen gegen die Kommunisten und die streikenden Proletarier geliefert. Besonders ein Peter Zimmer, ein Rechtssozialist, hat sich hierbei hervorgetan und seine eigenen Kameraden denunziert. (Die Rechtssozialisten bringen zum Rednerpult vor, verhindern unseren Genossen durch Brüllen am Weiterreden. Die Sitzung muß um 1/4 Stunde vertagt werden. Als unser Genosse bei Eröffnung der Sitzung weispricht, verlassen alle Parteien, außer den Kommunisten, den Sitzungssaal.) Sie wollen nicht hören, daß sie die so gehassten Feinde gegen die deutschen Proletarier herbeigerufen haben. Genosse Franken fortfahrend: Dieser Mann hat seine Kameraden, als sie im vorigen Jahre eine Feste besetzt hatten, an die belgische Befehlshaber denunziert und veranlaßt, daß Truppen da hin gesandt wurden, die in grausamster Weise unter den Arbeitern gewütet haben.

Wir verlangen in unserem Antrage, daß das Staatsministerium darauf hinwirkt, daß die außerordentlichen Maßnahmen aufgehoben werden und die deutschen Behörden angewiesen werden, in Zukunft die Befehlshaber Behörden nicht mehr zu ihrem Vorgehen zu ermuntern und aufzufordern. Wird dieser Antrag hier abgelehnt, dann stellen wir erneut fest, daß Sie damit einverstanden sind, daß die deutsche Regierung mit den Regierungen der Entente Rußland abschließt gegen das Proletariat, gegen die Arbeiterklasse, um sie zu Boden zu schlagen. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Eine neue Rede des Orgeschministers Severing.

Die Kommunisten vogelfrei.

Minister Severing hält auch jetzt wieder die Taktik für die richtige, mit großen Worten gegen die Rechte vorzugehen, bei diesen Worten muß es bei seiner Dynamik gegenüber den Reaktionen jedoch stets bleiben. Der Zweck ist ja nur, bei den Reaktionen Butausbrüche hervorzurufen, damit die rechtssozialistischen Blätter Propaganda für den „bestgehabten Mann“ der Reaktion machen können.

In seiner Rede brachte der Polizeiminister nicht viel Neues. Den Herauswurf der SPD. aus der Regierung, nachdem sie die Buntarbeit für die Bourgeoisie geleistet haben, kann der Minister noch nicht verschmerzen und ruft der Rechten warnd zu: wir lassen uns nicht aus unseren Aemtern in der Verwaltung herausjammern. Die Rechte wird dies schon, nachdem sie durch die Politik der Rechtssozialisten wieder Oberwasser hat, mit der bekannten Eleganz erledigen. Auf einen Zank der Kommunisten erwiderte der Herr Minister: Die Kommunisten sind vogelfrei und können in der Verwaltung nicht berührt werden — weil sie ihre Direktoren von Moskau erhalten. Das alte Märchen, wo ist aber die vierjährige Demokratie geblieben? Den Mord an dem General Spitz deckt der Herr Minister und will alle, die etwas gegen diesen Mord einzuwenden haben, vor ein Gericht stellen.

Gegen die Rechte die ihm vorwarf, gegen die Dynamikattentate nicht früh genug vorgegangen zu sein, erwiderte er, daß schon vor Beginn der Unruhen von ihm alles vorgeesehen sei. Ich habe mich bemüht, die Polizei zu einem starken Bollwerk des Staates zu machen und bin überzeugt, daß uns das so leicht keiner nachmacht. (Zuruf: Haben Sie nicht noch ein größeres Serie?)

Abg. Ruiche (Dem.) stellt dem Minister das Zeugnis aus, mit Mut, Überlegung und Zäufkraft bei der Niederschlagung der mitteleuropäischen Arbeiter gehandelt zu haben. Gegen die Kommunisten zitierte der bürgerliche Abgeordnete die Besondere Besize, wodurch er auf starken Widerspruch der Kommunisten stieß.

Abg. Schulz-Neukölln (Komm.) Herr Severing macht sich zum Sprecher der Würdigergrube am Alexanderplatz. (Zuruf: Der Herr Minister den Saal verläßt.) Daß Spitz von einem Polizeioffizier durch Fußtritte mißhandelt worden ist, kann der Herr Minister nicht leugnen. Wir hätten uns in den gut besprochenen Dingen frei von jeder Verantwortung. (Große Umrufe und lebhafteste Schlußrufe.) Seitdem Louis und Herr Severing in der Regierung sitzen, hat die Rechte das Zügeln verloren, das sie im November 1918 gegibt hat.

Der Aufmarsch der Monarchisten.

Die Sozialdemokratische Schenkungsfeierlichkeiten am Dienstag sind nicht nur der Vorbereitung einer kühnen Aktion und uns jetzt vor dem bevorstehenden Winter zu organisieren, sondern zur Verdeutlichung der für nach Überwindung lebenden Monarchie. (Umrufe und Zurufe) Die Schenkung dabei sein und zwar nicht nur durch die Schenkung, sondern auch durch die unmittelbare Tradition. Der Minister Severing hat die Teilnahme der Beamten freudig begrüßt, aber es geht ja auch so. Und was noch in den Schulen, wo ja die monarchistische Propaganda wieder am Werke ist, arbeiten, von nationalpatriotischen Lehrern auf Teilnahme der Schüler und Schullehrer bei der Verwirklichung jener Aufgabe gedrungen wird (die man dort noch immer „Spitz“ „Jules“ „Spitz“ zu nennen beliebt), so hat sich Herr Severing geäußert, worüber die offiziellen Anzeiger, Schulbuch, Parteiveröffentlichungen usw. zu berichten. Aber keiner der Schullehrer wird sich daran freuen, auch wenn sie Herr Severing auf ihre Erziehungsbereitschaft mit dem Staatsministerium beauftragt hat. Er doch selbst die Schenkung geübt, indem er „unpolitische“ Erwerbungen gekauert und die Teilnahme an der monarchischen Schenkung, ohne Erlaubnis, freihand. Was es wird, „offiziell“ erlaubt, was „privat“ verboten wird. Was es dabei angeht wird, kann ich jeder vorstellen, der da weiß, wie in den meisten Schulen die Kinder republikanischer Eltern monarchistisch erzogen werden. Selbst der jüdische „Bourgeois“ hat sich genötigt, gegen diese Schulen in aller Bekendtheit Protest zu machen. Der Beamte, zu dem Erwählung konnte man übrigens durch am Freitag zu hören der jetzigen Kaiserin, bei einer Zusammenkunft des

Deutschen Offiziersbundes erleben. Es hatten sich in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche zahllose Offiziere aller Waffengattungen des ehemaligen Heeres in ihrer Uniform versammelt. An der Spitze natürlich General Ludendorff und der jetzige Chef der Beeresleitung General von Seeck. Nach Schluß der als Trauerfeier maskierten Demonstration wurden auf der Straße patriotische Nieder gesungen und Ansprachen gehalten. Ludendorff konnte sich wieder im Hochgefühl monarchischer Volksverherrlichung wiegen, von der er das Best seiner Zukunft erwartet. Was das Proletariat, ganz anders als im Novemberturn von 1918, ihm und seiner Sippschaft den Marsch bläst!

Wie die Amsterdamer Internationale den englischen Generalstreik abwürgte.

Mit dramatischer Blöpslichkeit hat die englische Gewerkschaftsbürokratie am letzten Freitag ihren wahren Charakter enthüllt. Herr Thomas, der Vorsitzende des Eisenbahnerverbandes und der führende Kopf der Amsterdamer Internationale, hatte stets den Standpunkt vertreten, daß es die Aufgabe der Arbeiterklasse sei, auch dem Unternehmer gerecht zu werden. Thomas hatte sein Leben lang für die Arbeitergemeinschaft und gegen die Revolution gekämpft. Das war eine bekannte Tatsache. Niemand, der die englischen Verhältnisse kannte, vermochte sich darüber zu täuschen, daß der Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit die Thomas und Genossen Schulter an Schulter mit dem Unternehmertum finden würde. Dennoch bleibt die Schamlosigkeit überragend, mit der die Thomas-Aliquo den kämpfenden Bergarbeitern Großbritanniens plötzlich in den Rücken fiel. Die Bewegung in England hatte sich berartig zugespitzt, daß für Thomas nur zwei Wege übrig blieben: Entweder sich, wenn auch nur scheinbar, dem Willen der Massen zu fügen, oder ganz offen und brutal dem kämpfenden Proletariat Englands ins Gesicht zu schlagen. Die Verhältnisse haben Thomas gezwungen, den zweiten Weg zu gehen. Die englische Arbeiterklasse hat von ihren reformistischen Führern einen Faustschlag erhalten, unter dem sie taumelt. Aber dieser Schlag hat sein Gutes. Niemals hat sich in England die reformistische Gewerkschaftsbürokratie und die Führerklasse von den Internationalen 2 und 1/2 so schamlos demaskiert und prostruiert, wie in diesen Tagen. Ganz gleich, was der Augenblick in England bringen mag, so viel steht fest, daß eine entscheidende Wendung in der englischen Arbeiterbewegung eingetreten ist. Von jetzt an weiß der englische Arbeiter, ganz gleich welcher politischen Richtung er bisher gefolgt ist, daß er nur in rücksichtslosem Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie und gegen die Arbeiterpartei seine und seiner Familie Existenz wird sichern können.

Wie lagen die Dinge in England? Am 31. März war die Million der Bergarbeiter nicht etwa in einen Angriffstreik getreten, sondern sie war von einem rücksichtslosen Unternehmertum ausgesperrt worden, weil die Kapitalisten den Bergleuten den Lohnabbau aufzwingen wollten. Die Verbandstage der Eisenbahner und Transportarbeiter erklärten sich mit den kämpfenden Bergleuten solidarisch, im Bewußtsein der Tatsache, daß die Unternehmerrufen sich gegen sämtliche Arbeitergruppen Englands richtete, und daß nach der Niederlage der Bergarbeiter auch die Eisenbahner und Transportarbeiter mit dem Lohnabbau an die Reihe kommen würden. Die Verbandstage der beiden Gewerkschaften verpflichteten ihre Vorstände, sofort den Streik zu proklamieren, sobald die Verhandlungen zwischen den Zeichenbesitzern und den Bergleuten abgebrochen würden. Thomas und seine Gesinnungsfreunde in den Gewerkschaftsvorständen mußten wohl oder übel diesen Beschluß der Delegierten schlucken, und sie haben bis zum letzten Freitag eine im ganzen korrekte Haltung eingenommen. Die Leitung der Eisenbahner und Transportarbeiter hatte immer wieder vor der Öffentlichkeit versichert, daß man auf keinen Fall die Bergleute im Stich lassen würde. Nach Erschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten war für Freitagabend der Generalstreik angesagt. Die Massen warteten auf die Parole der Führung, sie empanden, daß ein Entscheidungskampf bevorstehe und waren bereit, alle Opfer zu bringen, um die Unternehmerrufen abzuwickeln. Da erklärten am Freitag völlig unerwartet und unter nichtigen Vorwänden die Vorstände des Eisenbahner- und Transportarbeiterverbandes, daß sie in den Generalstreik nicht eintreten würden. Die Bergarbeiter sollen allein bleiben. Damit ist der Dreißend der Bergleute, Eisenbahner und Transportarbeiter zerrissen, der in den letzten Jahren in den sozialen Kämpfen Englands eine so bedeutende Rolle spielte. Zerschlagen ist aber zugleich der alte englische Gewerkschaftsapparat und zerbrochen ist das ganze System der englischen Arbeiterpartei. Diese Schlußfolgerung zieht selbst der Londoner „Daily Herald“, der wahrlich kein kommunistisches Organ ist.

Dererrat der Gewerkschaftsbürokratie hat bei den Massen Englands die größte Enttäuschung erweckt. In hundertem von Orten haben die Eisenbahner und Transportarbeiter Resolutionen angenommen, welche die Verräterei der Thomas brandmarkten. So haben zum Beispiel die Eisenbahner von Henley ein Telegramm an die Zeitung des Eisenbahnerverbandes geschickt, in dem der Rücktritt des Vorstandes gefordert wird. Die Eisenbahner und Transportarbeiter von Plymouth forderten, daß der Dreißend seinen Beschluß so gleich umstoßen und in den Generalstreik treten soll. Unter dem Proletariat Schottlands herrscht die größte Erbitterung über den Rückzug der Vorstände. In Bradford war bereits ein Streikkomitee gebildet worden, das sich aus Vertretern der verschiedenen Gewerkschaften zusammensetzte. Dieses Streikkomitee beschloß, sich nicht anzulösen, sondern eine Massenversammlung der Arbeiter Bradford's zu berufen, um den Mitgliedern die Entscheidung zu überlassen.

Der Kampf der Millionen englischer Bergarbeiter geht zunächst weiter und es liegt noch kein Anzeichen dafür vor, daß die Bergleute irgendwie an Kapitalisten denken. Wie die Dinge sich bei den Eisenbahner und Transportarbeitern entwickeln werden, steht noch nicht fest. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die Massen die veräulerten Führer wegsetzen und selbständig in die Aktion treten. Aber auch wenn

es der Gewerkschaftsbürokratie gelingen sollte, mit Hilfe ihres Apparates die Bewegung einzubämmen, so ist doch das Urteil über die Thomas-Rique bereits gesprochen. Die allen englischen Arbeiterführer stehen nun offen als das da, was sie tatsächlich schon immer waren, als die Todfeinde der Revolution und des Proletariats. Am letzten Freitag hat Thomas zusammen mit Lloyd George triumphiert. Die Amsterdamer Internationale hat noch einmal die englische Bourgeoisie geachtet, aber derselbe Freitag hat die Kluft zwischen den Amsterdamer und den Massen der kämpfenden und leidenden Arbeiterschaft Englands weit aufgetan, eine Kluft, die sich nie mehr wird überbrücken lassen, und in der in kurzer Frist der englische Reformsozialismus versinken wird.

Gewerkschaftliches.

Reichskonferenz der Holzindustrie.

In der am 24. April 1921 stattfindenden Reichskonferenz nehmen Holzarbeiter und Böttcher teil. Die Tagung findet in Berlin, Sophienstraße 17/18, Sophienkie, vormittags 9 Uhr statt. Delegierte, die aus irgend welchen Gründen schon am Sonnabend eintreffen, melden sich bis 11 Uhr im Lokal Esser, Köpenickerstraße 70a. Die Meldung ist nur notwendig, wenn Quartier verlangt wird. Die Bezirke (Orte), die eine Meldung der Delegierten unterlassen haben, wollen diese umgehend nachholen.

Jeder Delegierte verleihe sich mit einer Legitimation, die ihn als Delegierten kenntlich macht und aus der zu ersehen ist, welcher Ort bzw. Bezirk ihn entsendet hat. Die Legitimation ist von der Ortsgruppenleitung der RPD gegenzuzeichnen und abzustempeln. Anmeldungen und Anfragen sind zu adressieren an Herrn Heinrich Malzahn, Reichstagsabgeordneter, Berlin N. 51, Rosenthalerstraße 38.

Reichsgewerkschaftszentrale der RPD.
Holzindustrie.

Für die Hamburger Genossen.

Die Werftarbeiter der Wasserkanäle stehen im hartem Kampf mit den Unternehmern um die Wiederanstellung auf den Werften. Zahlreiche Arbeiter der deutschen Werft, der Werft von Blohm & Voß, von Janssen & Schmilinsky, der Vulkanwerft Hamburg und der A.-G. Weier, Bremen, sind nach den letzten Unruhen in diesen Orten nicht wieder eingestellt worden. Die Unternehmerwillkür vergrößert brutal das Heer der Erwerbslosen.

Genossen! Arbeiter! Unterstützt diese Opfer des weißen Terrors! Sammelt in den Betrieben und Organisationen für die ausgesperrten Werftarbeiter der Wasserkanäle Uebst Solidarität! Damit sich eure Arbeitsbrüder über Wasser halten.

Sammlungen nimmt entgegen: J. Behring, Hamburg, Börsestraße 6, 4. Etage und der Bezirk Nord der RPD, Bremen, Geeren 26.

An alle Transportarbeiter!

Die Hege gegen die Kommunisten im Deutschen Transportarbeiterverband nimmt Formen an, die alle Kollegen und Genossen, denen es ernst ist mit der Einheit und Geschlossenheit der Organisation zur Abwehr gegen die klar zu Tage tretende Spaltungsabsicht der Verbandsbürokratie, aufstößt.

Auf der Konferenz der Gauvorstände des DTV, welche am 21. und 23. März 1921 in Berlin tagte, wurde nach einem Referat des Kollegen Döring eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es unter Punkt 3 heißt: „Der Verbandsvorstand erhält den Auftrag, gegen diejenigen Mitglieder mit allen Mitteln (einschl. des Ausschlusses) vorzugehen, die:

- sich an der Bildung kommunistischer, der Gewerkschaftspaltung dienender Fraktionen (Zellen) beteiligen;
- Flugschriften usw., deren Inhalt sich gegen die Gewerkschaften richten, verfassen, unterzeichnen oder verbreiten;
- an Versammlungen, Konferenzen, Zusammenkünften usw. aktiv teilnehmen, die den Zweck haben, die Einheit und Kampffähigkeit oder den Stand der Gewerkschaften zu gefährden;
- durch Wort und Schrift die zur Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben unerlässliche Disziplin zu untergraben versuchen.“

Zwar sagte der Referent zu dieser Entschließung: „Unser Kampf gilt nicht den Kommunisten, wohl aber werden wir mit den schärfsten Mitteln gegen die Zermürber der Gewerkschaften vorgehen.“ Was verstehen die Döring-Schumann und Genossen unter Zermürber? Schon der Vortrieb des „Kommunistischen Gewerkschafters“ wird mit dem Ausschluss bestraft, denn das Verfaulen dieses Blattes ist in den Augen der Bürokratie eine zermürbende Gewerkschaftstätigkeit.

Es ist bezeichnend, daß sich die Entschließung nur gegen kommunistische Fraktionen wendet, daß im übrigen die Konferenz ihr: Anrecht dahingehend zum Ausdruck bringt, daß Fraktionsbildungen nach der politischen Parteizugehörigkeit zu unterlassen sind.

Weiter legte die Konferenz der Gau- und Ortsvorstände in einer Entschließung fest:

„Die Konferenz betrachtet die Arbeitsgemeinschaft nach wie vor als ein geeignetes Mittel zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Betriebsangehörigen.“

Es darf also nach der Entschließung Dörings kein Kollege sich gegen diese gepriesene Politik der Arbeitsgemeinschaft wenden, da das eine Untergrabung der unerlässlichen Disziplin bedeuten würde.

Die Gewerkschaftsbürokratie des DTV spricht von den Kommunisten als von „Helfen-Schädlingen“, „unzurechnungsfähigen Durcheinander“, von B (errückten), A (opportunisten-) P (olider) D und stellt im „Comite“ Nr. 10 fest:

Zur Märzaktion und zur italienischen Frage.

Erklärung!

1. Die Zentrale der RPD hat die klare Linie der Grundzüge der Dritten Internationale verlassen und durch die Einleitung einer pusillitischen Aktion die Partei in die schwerste Verwirrung gestürzt. Sie hat damit die Kampfkraft der wichtigsten europäischen Sektion der Dritten Internationale leichtfertig geschwächt. Das aber in einem Augenblick, wo die Weltlage mehr als je kraftvolle internationale Solidaritätsaktionen der proletarischen Massen in Deutschland forderte und ermöglichte. Um der offenen und rücksichtslosen Kritik aus dem Wege zu gehen, die eine Lebensnotwendigkeit der Partei und die Pflicht jedes Parteigenossen ist, versucht die Zentrale an Stelle der sachlichen Auseinandersetzung durch den Ausschluss des Genossen Paul Levi einen persönlichen Fall Levi zu schaffen. Die Unterzeichneten protestieren auf das entschiedenste gegen diesen Versuch, der eine schwere Schädigung der Partei darstellt.

2. Soweit die Unterzeichneten an der Sitzung des Zentralausschusses vom 17. März teilgenommen haben, erklären sie, daß die von dem Genossen Levi angeführten Äußerungen einzelner Zentralmitglieder durchaus wahrheitsgetreu wiedergegeben sind. Alle anderen angeführten Tatsachen und Äußerungen sind durch Zeugen bewiesen. Der Hinweis auf angeblich juristische Folgen dieser Veröffentlichung ist nichts anderes als der Versuch, jede rücksichtslose und klare Kritik der Haltung der Zentrale unmöglich zu machen. In Wirklichkeit ist die Schrift des Genossen Levi die unzweideutigste Verteidigung der vielen Genossen, die heute den weißen Gerichten ausgeliefert sind.

3. Die Unterzeichneten teilen die politische Auffassung des Genossen Levi über die Märzaktion und über das Verhalten der Zentrale. Diese Auffassung des Genossen Levi entspricht durchaus den Grundzügen der Dritten Internationale und den Beschlüssen ihres zweiten Kongresses über die tatsächlichen und grundsätzlichen Richtlinien kommunistischer Parteien.

4. Der vorliegende grundsätzliche und tatsächliche Unterschied zwischen den Unterzeichneten und der Zentrale lautet nicht: Aktion oder Passivität, wie die Zentrale glauben machen möchte! Umgekehrt: die Unterzeichneten halten gesteigerte Aktivität und revolutionäre Aktionen der Partei für unbedingt notwendig. Worum es sich handelt, ist aber dies: Soll gesteigerte Aktivität und revolutionäre Aktion erfolgen auf der Grundlage der Grundzüge der Dritten Internationale oder aber soll sie als Rückfall in den balmunistischen Putschismus erfolgen?

5. Die offene rücksichtslose Austragung des vorliegenden Gegenstandes ist ohne unbefangene Prüfung der Märzaktion und des Verhaltens der Zentrale unmöglich. Voraussetzung dafür ist auch die scharfe offene Kritik. Die Unterzeichneten verlangen deshalb die schnellste Einberufung eines außerordentlichen Parteitag, der Stellung zu den umstrittenen Fragen nimmt, da sie der Zentrale das politische und moralische Recht absprechen, allein selbstherrlich über die Köpfe der Mitgliedschaft hinweg über Fragen zu entscheiden, von denen die gesunde Existenz der Partei abhängt. Die Parteigenossen selbst haben auf dem Parteitag über diese Lebensfragen der Partei die Entscheidung zu treffen. Es kann deshalb der Zentrale nicht das Recht zuerkannt werden, die notwendige Klärung der umstrittenen Fragen zu verhindern, indem sie die Vorsitzende der Opposition durch Ausschluss mundtot macht oder wegen ihrer politischen Stellung maßregelt. Nur ein Parteitag besitzt die notwendige Autorität, um der augenblicklich herrschenden politischen und organisatorischen Verwirrung und Zersetzung in der Partei entgegenzutreten, sowie das Vertrauen der Massen in die kommunistische Partei zurückzugewinnen und zu stärken, das durch die Märzaktion schwer erschüttert worden ist. Nur die rücksichtslose Klärung der Differenzen kann die Einheit der Partei gewährleisten, die wir unter allen Umständen erhalten wissen wollen.

Parteigenossen und Parteigenossinnen! Die Unterzeichneten fordern euch auf, im Sinne der vorstehenden Auffassung die aufgeworstenen Fragen gründlich und unbefangene zu erörtern: nicht als Personenfragen, sondern ihrer Bedeutung für die Revolution gemäß als politische Fragen von größter Tragweite, und sich unserer Forderung auf schnellste Einberufung eines Parteitag anzuschließen.

Berlin, den 16. April 1921.

Otto Braß, Ernst Däumig, Curt Geyer, Adolph Hoffmann, Clara Zetkin, Paul Eckert, Heinrich Malzahn, Paul Reumann.

Erklärung der Zentrale:

Die Unterzeichner der Erklärung solidarisierten sich mit Paul Levi und klagen die Zentrale und den Zentral-Ausschuss wie Levi des balmunistischen Putschismus an. Sie wagen die Behauptung, der Ausschluss Levis sei nur der Versuch, die Kritik in der Partei zu unterbinden. Sie behaupten, die Märzaktion sei ein Abweichen von der Linie der Grundzüge der Dritten Internationale.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat durch ihren Aufruf, den wir in der Parteipresse veröffentlicht haben, gesagt: „Ihr habt recht gehandelt!“ Die Unterzeichner der Erklärung behaupten das Gegenteil. Wir werden das gesamte Material der Exekutive unterbreiten und so rasch wie möglich ihre Entscheidung einholen.

„Die Gewerkschaftsmitglieder dürfen in Zukunft nur solche Parteien proletarischen Charakters unterstützen, die sich verpflichten, die Aktionen der Moskauer Gewerkschaftsinternationale mit allen Mitteln zu bekämpfen und die der Amsterdamer unserer zu unterstützen.“ Die kommunistische Politik liegt einzig und allein im Interesse der Arbeiter und Schloßbarone und deshalb müssen wir sie als gewerkschaftsfeindlich ablehnen und mit allen Mitteln bekämpfen.“

Trotz dieser Beschimpfung, trotz aller Verdrehungen und Verleumdungen stellen wir demgegenüber fest, daß wir Kommunisten nicht nur mit Worten, sondern durch die Tat beweisen, daß wir den Verband, den wir selbst mitaufgebaut haben, auch vor den bewußten Spaltungsabsichten der Ge-

Wir erwarten und müssen von allen Parteigenossen verlangen, daß sie bis dahin alle die Partei nur schädigenden Treibereien unbedingt unterlassen. Wir müssen ferner verlangen, daß dem Spruch des Exekutiv-Komitees der Dritten Internationale als der höchsten entscheidenden Körperlichkeit Folge geleistet wird so lange, bis es möglich ist, einen deutschen Parteitag einzuberufen. Wir sind schon heute davon überzeugt, daß das Urteil der Exekutive im Sinne des einstimmig beschlossenen Aufrufes der Exekutive ausfallen wird. Die Exekutive hat in der Frage der italienischen Parteispaltung, and des Ausscheidens der fünf Genossen aus der Zentrale nicht bei uns ein Abweichen von den Grundzügen der Dritten Internationale festgestellt, sondern bei den anderen.

Die Behauptung, die „Beweismaterialien“ von Levi seien richtig und durch Zeugen belegt, bitten wir die Parteigenossen nachzuprüfen, wenn wir das Material und die Protokolle der Sitzungen ihnen gedruckt vorlegen können, was Ende nächster Woche geschehen wird.

Zur Einberufung des Parteitag erklären wir, daß wir, sobald die Verhältnisse es irgendwie gestatten, den Parteitag einberufen werden; wenn irgend möglich, noch vor dem dritten Weltkongreß, der am 1. Juni stattfindet.

Berlin, den 16. April 1921.

Die Zentrale
der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Dritten Internationale).

Erklärung von Braß und Geyer in Moskau.

Die Unterzeichneten geben zu der vorgelegten Resolution der Exekutive folgende Erklärung ab:

a) Zur Debatte steht nicht die Politik der zentralistischen Führergruppe um Serrati, sondern die Politik der Vertreter der Exekutive in Livorno, die dazu geführt hat, daß 90000 italienische Proletarier, die der Dritten Internationale angehören und Mitglieder bleiben wollten, dieser zentralistischen Führergruppe gefolgt sind, anstatt zur RPD zu stoßen. Wir sehen deshalb in Absatz 1 und 2 der Resolution den Versuch, die Diskussionsgrundlage zu verschieben.

b) Wir protestieren gegen die in Absatz 4 vorgenommene Stigmatisierung der ausgeschiedenen fünf Genossen und derjenigen, die ihren Standpunkt teilen, als rechten Flügel. Die Politik dieser Genossen gibt der Exekutive in keinem Falle das Recht zu einer solchen Stigmatisierung.

c) In Absatz 5 sehen wir den Versuch, die Diskussionsbasis zu verschieben. Es handelt sich nicht um die Bildung neuer kommunistischer Parteien, sondern um die Vereinigung einer der Dritten Internationale bereits angehörenden Partei. Darüber, daß alle opportunistischen Tendenzen aus den kommunistischen Parteien ausgemerzt werden müssen und opportunistische Führer unbedingt zu beiraten sind, besteht keine Differenz. Dagegen sehen wir eine Differenz in der Frage der bei der Beilegung solcher Führer und Tendenzen einschlagenden Politik. Wir halten an unserer Anschauung, wie sie in Punkt 8 unserer Resolution festgelegt ist, fest:

„Die Exekutive erklärt ausdrücklich, daß sie in Westeuropa gemäß den Beschlüssen des zweiten Kongresses der RPD die Bildung von Massenparteien für notwendig hält, die nicht nur aus fertig ausgebildeten kommunistischen Soldaten bestehen können, sondern proletarische, revolutionäre Massen umschließen und daß die notwendige Umschichtung opportunistischer und zentralistischer Führerelemente aus diesen Massenparteien auf dem Wege der organischen Loslösung der Massen von diesen Elementen durch die Demaskierung dieser Elemente an der Hand der Fragen der praktischen Politik und der Aktionen zu erfolgen hat, so daß die Massen auf Grund ihres eigenen Erlebens und der eigenen Erfahrung zur richtigen Wertung dieser Führerelemente kommen und bei der Entscheidung nicht diesen folgen, sondern bei der RPD verbleiben.“

Wir bedauern außerordentlich, daß unsere Resolution als im Widerspruch mit den Beschlüssen des deutschen Zentralausschusses stehend von dem Vertreter der Zentrale der RPD (Anmerkung: Wilhelm Roosen) in der Exekutive bezeichnet worden ist. Wir vermögen in der Vertretung unserer Anschauung keine opportunistische Tendenz zu erblicken.

d) Zu dem Antrag des Genossen Sinowjew erklären wir: Die behaupteten opportunistischen Umwandlungen der ausgeschiedenen fünf Genossen können mit keiner Stellungnahme dieser Genossen in den Fragen der praktischen deutschen und internationalen Politik bezogen werden. Wir protestieren deshalb auf das schärfste gegen den leichtfertig erhobenen Vorwurf des Opportunismus.

Moskau, den 6. April 1921.

Otto Braß, Curt Geyer.

Hierzu erklärt die Zentrale:

Durch die Beschlüsse des Zentralausschusses und der Exekutive ist für uns die Angelegenheit erledigt. Wir geben trotzdem von den Anwendungen der Genossen Braß und Geyer in Moskau unseren Parteimitgliedern Kenntnis. Durch die Entwicklung seit den Beschlüssen des Zentralausschusses über die italienische Frage ist von neuem beschäftigt worden, daß die Beurteilung der Haltung der Exekutive zur Serrati-Gruppe zugleich ein Symptom ist für die Einstellung zu den Fragen der deutschen Revolution. Die Exekutive hatte daher vollkommen recht in ihrer Resolution, gegen die sich die Erklärung von Braß und Geyer wendet, alle deutschen Kommunisten darauf aufmerksam zu machen, daß in den letzten Monaten sich in verschiedenen Ländern Elemente zur Ausbildung eines rechten Flügels des Kommunismus zeigten. Die Debatte in unserer Partei über die Märzaktion zeigen die beginnende Scheidung der Geister deutlich genug. Mit einem Protest gegen die Kennzeichnung „Opportunismus“ werden die diesem Urteil zugrunde liegenden Tatsachen nicht ausgerottet. Wir schließen uns vielmehr der in der Resolution der Exekutive erhobenen Forderung an: „Um so mehr müssen alle Kommunisten die Reihen schließen und entschieden diese (opportunistischen) Tendenzen im Keim überwinden.“

„Die Gewerkschaftsmitglieder dürfen in Zukunft nur solche Parteien proletarischen Charakters unterstützen, die sich verpflichten, die Aktionen der Moskauer Gewerkschaftsinternationale mit allen Mitteln zu bekämpfen und die der Amsterdamer unserer zu unterstützen.“ Die kommunistische Politik liegt einzig und allein im Interesse der Arbeiter und Schloßbarone und deshalb müssen wir sie als gewerkschaftsfeindlich ablehnen und mit allen Mitteln bekämpfen.“

Trotz dieser Beschimpfung, trotz aller Verdrehungen und Verleumdungen stellen wir demgegenüber fest, daß wir Kommunisten nicht nur mit Worten, sondern durch die Tat beweisen, daß wir den Verband, den wir selbst mitaufgebaut haben, auch vor den bewußten Spaltungsabsichten der Ge-

Werkstattsbürokratie zu schützen wissen. Wir wollen, daß die Gewerkschaften zu dem werden, was sie nach Karl Marx sein sollen: „Mächtige Organe des Klassenkampfes“. Nicht Arbeitsgemeinschaft, sondern schärfster Kampf gegen den Kapitalismus und alles was sich schützend vor ihn stellt, ist unsere Parole.

Um den Kampf für die Erhaltung und Revolutionierung des Transportarbeiterverbandes gegen die, die Interessen der Arbeiterklasse schädigende Bürokratie zu vereinfachen, rufen wir alle revolutionären Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes auf, Delegierte zu einer für Sonntag, den 22. 5. und Montag den 23. 5. 21. stattfindenden Reichskonferenz zu senden.

Als vorläufige Tagesordnung schlagen wir vor

1. Unser Verband im Kriege und Revolution.
2. Die deutsche Wirtschaft und die Gewerkschaft.
3. Der Kongreß der roten Gewerkschaften evtl. Anträge und Wahl von 3 Delegierten.
4. Verschiedenes.

Jeder Gau soll nach Möglichkeit 4—5 Delegierte senden, die Wahl derselben ist am besten auf Bezirks- resp. Gaufunktionen, die schnellstens zu organisieren sind, vorzunehmen. Alle Mitteilungen über die Bezirks- bzw. Gaufunktionen sind zu richten an:

Herrn Heinrich Malzahn W. d. R.

Berlin

Rosenthaler Straße 38, Querg. 1.

Die Adressen der auf den Konferenzen gewählten Delegierten zum Reichskongreß sind an dieselbe Adresse einzusenden. Die Anmeldungen zum Kongreß müssen erfolgen bis Sonnabend, den 14. Mai 1921, damit für die Delegierten Quartiere besorgt werden können.

Genossen! Geht sofort an die Arbeit, der Verband muß wieder ein Instrument des Klassenkampfes werden, eingestellt auf die Verwirklichung des Kommunismus.

Aus der Provinz.

An die Ortsgruppen! Sonntag, den 24. April, vormittags 9 1/2 Uhr, findet in Siegnitz im „Reichspräsident“, Olgauer Promenade, der Bezirksparteitag für Schlesien statt. Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Tätigkeits- und Kaszenbericht. 2. Die politische Lage und die Aufgaben der Partei. 3. Die Organisation im Bezirk. 4. Die Jugendfrage. 5. Verschiedenes. Wir bitten alle Ortsgruppen um Entsendung von Delegierten, denn die brutale Verfolgung unserer Genossen verlangt einen um so festeren Zusammenschluß unserer Organisation. Deshalb darf keine Ortsgruppe ausbleiben sein.

Die Bezirksleitung.

Schweidnitz. Am 13. d. Mts. wurde mittags um 1/2 1 Uhr der Genosse Kaufmann nach der üblichen Hausdurchsuchung verhaftet und in das Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Lokales.

Breslau, den 20. April 1921.

Streik der Angestellten in der Metallindustrie.

Die kaufmännischen und technischen Angestellten in der Metallindustrie stehen vor einem Streik.

Mit 1148 Stimmen gegen 55 wurde folgendes Ultimatum an den Arbeitgeberverband abgeschickt:

„Den am 16. d. Mts. gefällten Schiedspruch des Schlichtungsausschusses haben die in Frage kommenden Organisationen ihren Mitgliedern zur Prüfung vorgelegt. In allen stark besuchten Versammlungen wurde jedoch der gefällte Schiedspruch als unannehmbar abgelehnt. Auf unsere Veranlassung haben in letzter Stunde unsere Zentralleitungen versucht, das Reichsarbeitsministerium zur sofortigen Vermittlung zu veranlassen. Der Versuch ist als mißlungen anzusehen.“

An alle Genossinnen und Genossen!

Wir wenden uns hiermit an die Genossinnen und Genossen, uns zu unterstützen, um den in letzter Zeit zahlreich verhafteten Genossen ihre Lage so gut wie irgend möglich gestalten zu können. Hierzu benötigen wir die regste Unterstützung eines Jeden. Unterstützt uns mit Lebensmitteln, Rauchwaren, Brotmarken oder Geldmitteln. Wir hoffen, nicht umsonst an die Solidarität aller Genossen appelliert zu haben. Angenommen wird täglich in den Räumen der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“, Nikolaitraße 49/50 1.

Bei dieser Sachlage sehen die Angestellten der Breslauer Metallindustrie keine Möglichkeit mehr, ihre nach wie vor als gerecht und maßvoll zu bezeichnenden Forderungen auf eine den Zeitverhältnissen entsprechende Einkommensfestsetzung auf friedlichem Wege durchzusetzen.

Sie haben deshalb beschlossen, vom Mittwoch, den 20. d. Mts. ab, gemeinsam die Arbeit niederzulegen.

Die Angestelltenschaft ist sich der Schwere dieses Schrittes voll bewußt, und wird den ihr aufgezwungenen Existenzkampf bis zum äußersten entschlossen durchkämpfen, es sei denn, daß der Arbeitgeberverband in letzter Stunde die ihm aus der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß bekannten Forderungen bewilligt. Einem diesbezüglichen Bescheid sehen wir bis Dienstag, den 19. d. Mts., abends 7 Uhr, entgegen, andernfalls wird die Betriebe der Breslauer Metallindustrie vom Mittwoch, den 20. d. Mts., 7 Uhr morgens ab, als im Streikzustand befindlich angesehen.“

Die Behandlung der Inhaftierten.

Der Jugendliche Martin Hoffmann wurde von der Polizei wegen Flugblattverteilung festgenommen. Er gehört keiner kommunistischen Organisation an und wurden ihm die Flugblätter auf der Straße zur Verteilung übergeben. Unsere Jugendgenossen, die sich des Jugendlichen annehmen wollten, wurden vom Untersuchungsrichter abgewiesen. Gegen diesen jungen Menschen geht man mit einer besonderen Brutalität vor, selbst den Eltern wird eine Unterhaltung mit ihrem Sohne, von dem sogenannten Jugendrichter, bis aufs äußerste erschwert. Der Richter stellt sich zwischen die Eltern und den Gefangenen und steckt zwischen die intimsten Familienverhältnisse seine Nahe. Der Jugendfreund Hoffmann ist durch diese Behandlung zusammengebrochen und bekommt sehr oft Nervenanfalle. Die harmlosesten Bücher werden ihm nicht zugelassen, er wird wie der gemeinste Verbrecher behandelt.

Wir protestieren entschieden gegen diese, allen bisherigen Geflogenheiten Hohn sprechenden Maßnahmen. Der Jugendliche Martin Hoffmann ist vollständig schuldlos und fordern wir seine sofortige Freilassung. — Würde derselbe noch weiter in solchem unwürdigen Zustande in einer Zelle zurückgehalten werden, so ist das Schlimmste für seine Gesundheit zu fürchten.

Die Breslauer Hauptfürsorge für Kriegsbeschädigte ist eine Einrichtung, die den berechtigten Jörn manches kriegsverletzten schon erregt hat. Dorthin gerichtete Wünsche haben einen schlechenden Gang — es sind Fälle nachzuweisen, deren Erledigung über 2 Monate dauerten und wo ein armer Leutnant mit seiner Familie schon der Verzweiflung nahe war — ehe sie erledigt wurden. Ihr untersteht ist die Kriegsverlettschule in der Peitlitzschule. Der Leiter derselben ist ein Exreaktionär, der einmal zu zwei Beamten der Politischen Polizei Luhrke, (auch für Kriegsverletzte hat die hiesige Polizei ein warmes Herz) wenn wir nur bald wieder rufen könnten „E. M. Hurra“ und als tüchtiger Patriot drei bezoldete Posten inne hat. Die von ihm jenseitig eingeschummelte entlassene Reichswehr ist auf Taktiken der Kriegsverlettschule nach kurzer Kulturvolle verschwunden. Ueberhaupt hat sich in genannter Anstalt mancher tüchtige Durchhalter und Heimatkrieger sein Verbleiben derselben dort von seinen ausgestandenen Strapazen erholt. Tag für Tag sind die Kriegsverlettschule mit der hiesigen Hauptfürsorgestelle einen schweren Kampf führen müssen, bringen wir hiermit in Erinnerung. Nur zu, ihr reaktionären Herrschaften, „teutschen“ Monarchisten, Kriegsbeher, Eschwege und wie ihr alle heißt, wir proletarischen Kriegsoffer stellen uns auf die Seite des revolutionären Proletariats.

Julus Buch. Der Beginn der Juliusvorstellung ist infolge des umfangreichen Vorprogramms auf 7 1/2 Uhr festgesetzt. Täglich um 8 1/2 Uhr beginnt das Manegeschaustück „Prinz und Bettlerin“ mit Carl Grünwald als Gast.

Versammlungskalender.

Sämtliche Eisenbahnler, die auf dem Boden der 3. Internationale stehen, haben Mittwoch, den 20. April, abends 7 1/2 Uhr, im „Blauen Schiff“, Herrenstraße, zu erscheinen. Verbandes- und Parteibuch gilt als Ausweis.

Kommunistische Fraktion des DGB.

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. V. m. b. H.“ Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Willy Jäger, für Inserate: Sozialistischer Verlag e. V. m. b. H. Druck: Buchdruckerei Kugel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Wo kaufe ich meine Trikotagen?



Nur Neue Sandstraße 2.

Stadttheater.

Mittwoch 7 Uhr:
Die Fledermaus.
Donnerstag 7 Uhr:
Cassaria rubicunda.
Freitag
Der Bajazzo.

Jobst-Theater.

Täglich 7 Uhr:
Aber unsere Kraft.
1. und 2. Teil.

Cholia-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Maus.

Schauspielhaus.

Donnerstag, 21. 4. 25-45
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Die spanische Nachtigal.

Die spanische Nachtigal.

Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Die Dame in Rot.

Militärhofen

und verkauft.
Donnerstag 12. III. 1921.

Ober-Bayern

Cartenstr. 65

Täglich

die urfidelen

Oberlandler

Isnar, Sauer, Kahl.

Händler! Hanslerer!

Isnar, Sauer, Kahl.

Isnar, Sauer, Kahl.

Isnar, Sauer, Kahl.

Isnar, Sauer, Kahl.

Isnar, Sauer, Kahl.

Isnar, Sauer, Kahl.

Isnar, Sauer, Kahl.

Isnar, Sauer, Kahl.

Isnar, Sauer, Kahl.

Isnar, Sauer, Kahl.

Isnar, Sauer, Kahl.

Isnar, Sauer, Kahl.

Zur Maifeier!

4 Kampflieder

Die Arbeitsmänner
Arbeiter-Marseillaise
Die Internationale
Die rote Fahne

als Doppelpostkarte gedruckt M. — 20

50 Stück 12.50

100 25.—

200 45.—

Komm. Bücherei

BRESLAU 5, Grabenstraße 45.

Wo kaufst Du?

Genossinnen und Genossen!

Denn die Geschäfte sind verpflichtet sind, auch bei uns zu liefern, erledigt jeder Einkauf nur bei



Inserenten der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“.

Am 1. Mai

trägt da. Arbeiter, Arbeiterinnen und ländliche Proletariat den

Sowjetstern

als Symbol einer internationalen Solidarität, eines Kampfes und eines Sieges.

Zu beziehen durch:

Kommunistische Bücherei
Breslau 5, Grabenstraße 45

Inserate haben in der „Schlesischen Arb.-Ztg.“ größten Erfolg